



Amtsblatt der Stadt Werne

Jahrgang: 2012
Ausgabetag: 28.12.2012
Ausgabe: 19



Geltungs-
bereich:
**Stadt
Werne**



Teil A

=====

Bekanntmachungen, die für die Sammlung des Ortsrechts bestimmt sind.
(Die letzte Ergänzung befand sich in Ausgabe 15/12)

Dieser Teil enthält:

- I. Hinweise zum Einordnen des Amtsblattes in die Sammlung des Ortsrechts der Stadt Werne
- II. Bekanntmachung
 - II/4 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Werne vom 28.12.2012
 - II/4 Anlage I zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Werne vom 28.12.2012
 - II/11 Gebührensatzung vom 28.12.2012 zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen der Stadt Werne vom 29.12.2006
 - II/12 Abfallgebührensatzung der Stadt Werne vom 28.12.2012
 - III/9 Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Werne, Ortsteil Stockum, vom 28.12.2012
 - III/14 Gebührensatzung der Stadt Werne für die Friedhofshalle auf dem Friedhof der katholischen Kirchengemeinde Werne und für die Friedhofshalle auf dem städtischen Friedhof im Ortsteil Stockum vom 28.12.2012

Hinweise

Herauszunehmen sind	Zahl der Blätter	Einzufügen sind	Zahl der Blätter
II/4 Seiten 1 – 18	9	II/4 Seiten 1 – 19	10
II/4 Anlage Seite 1	1	II/4 Anlage Seite 1	1
II/11 Seiten 1 – 2	1	II/11 Seiten 1 – 2	1
II/12 Seiten 1 – 4	2	II/12 Seiten 1 – 4	2
III/9 Seiten 1 – 5	3	III/9 Seiten 1 – 5	3
III/14 Seiten 1 – 2	1	III/14 Seiten 1 – 2	1

Satzung

über die Abfallentsorgung in der Stadt Werne vom 28.12.2012

Aufgrund der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW., S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.12.2011 (GV. NRW. 2011, S. 685), des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I 2012, S. 212ff.), § 7 der Gewerbeabfall-Verordnung vom 19.06.2002 (BGBl. I 2002, S. 1938ff., zuletzt geändert durch Art. 5 Abs. 23 des Gesetzes zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts vom 24.02.2012, BGBl. I 2012, S. 257), der §§ 8 und 9 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LABfG NW) vom 21. Juni 1988, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2009 (GV. NRW. S. 863, ber. 975), sowie des § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I, S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.07.2009 (BGBl. I 2009, S. 2353) hat der Rat der Stadt Werne in seiner Sitzung vom 12.12.2012 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Aufgaben und Ziele

- (1) Die Stadt betreibt die Abfallentsorgung in ihrem Gebiet nach Maßgabe der Gesetze und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung. Diese öffentliche Einrichtung wird als „kommunale Abfallentsorgungseinrichtung“ bezeichnet und bildet eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.
- (2) Die Stadt erfüllt insbesondere folgende abfallwirtschaftliche Aufgaben, die ihr gesetzlich zugewiesen sind:
 1. Einsammeln und Befördern von Abfällen, die im Gemeindegebiet anfallen.
 2. Information und Beratung über die Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen (§ 46 KrWG)
 3. Aufstellung, Unterhaltung und Entleerung von Straßenpapierkörben, soweit dies nach den örtlichen Gegebenheiten erforderlich ist.
 4. Einsammlung von verbotswidrigen Abfallablagerungen von den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken im Gemeindegebiet.

- (3) Die Sortierung, Verwertung, Behandlung, Lagerung, Verbrennung und Deponierung der Abfälle wird vom Kreis nach einer von ihm hierfür erlassenen Abfallsatzung wahrgenommen.
- (4) Die Stadt kann sich zur Durchführung der Aufgaben nach den Absätzen 1 und 2 Dritter bedienen (§ 22 KrWG).
- (5) Die Stadt wirkt darauf hin, dass bei Veranstaltungen, die auf Grundstücken oder in öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde durchgeführt werden die Maßgaben des § 2 LAbfG NRW beachtet und insbesondere vorrangig Gebrauchsgüter verwendet werden, die sich durch Wiederverwendbarkeit oder Verwertbarkeit auszeichnen.

§ 2

Abfallentsorgungsleistungen der Stadt

- (1) Die Entsorgung von Abfällen durch die Stadt/Gemeinde umfasst das Einsammeln und Befördern der Abfälle zu den Abfallentsorgungsanlagen oder Müllumschlagstationen des Kreises, wo sie sortiert, verwertet oder umweltverträglich beseitigt werden. Wiederverwertbare Abfälle werden getrennt eingesammelt und befördert, damit sie einer Verwertung zugeführt werden können.
- (2) Im Einzelnen erbringt die Stadt/Gemeinde gegenüber dem Benutzern der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung folgende Abfallentsorgungsleistungen:
 1. Einsammeln und Befördern von Restmüll
 2. Einsammeln und Befördern von Bioabfällen. Unter Bioabfällen sind hierbei alle im Abfall enthaltenen biologisch abbaubaren Abfallanteile zu verstehen (vgl. § 3 Abs. 7 KrWG)
 3. Einsammeln und Befördern von Altpapier, soweit es sich nicht um Einweg-Verkaufsverpackungen aus Pappe/Papier/Karton handelt.
 4. Einsammlung und Beförderung von sperrigen Abfällen/Sperrmüll.
 5. Einsammeln und Befördern von Elektro- und Elektronik-Altgeräten nach dem ElektroG und § 15 Abs. 4 dieser Satzung.
 6. Einsammeln und Befördern von schadstoffhaltigen Abfällen in stationären Sammelstellen und/oder mit Schadstoffmobilen.

7. Information und Beratung über die Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen.
8. Aufstellen, Unterhalten und Entleeren von Straßenpapierkörben
9. Leistungen des Wertstoffhofes.

Das Einsammeln und Befördern der Abfälle erfolgt durch eine grundstücksbezogene Abfallentsorgung mit Abfallgefäßen (Restmüll-, Bio-, Papiertonne), durch grundstücksbezogene Sammlungen im Holsystem (Strauch- und Astwerkaktion, Abfuhr von Weihnachtsbäumen, Sperrmüll) sowie durch eine getrennte Einsammlung von Abfällen außerhalb der regelmäßigen grundstücksbezogenen Abfallentsorgung (Erfassung von schadstoffhaltigen Abfällen über das Schadstoffmobil, Erfassung von Abfällen am Wertstoffhof). Die näheren Einzelheiten sind in den §§ 4, 10 bis 16 dieser Satzung geregelt.

- (3) Das Einsammeln und Befördern von gebrauchten Einweg-Verkaufsverpackungen aus Glas, Papier/Pappe/Karton, Kunststoffen, Verbundstoffen erfolgt im Rahmen des privatwirtschaftlichen Dualen System nach § 6 Verpackungsverordnung.

§ 3

Zugelassenen und ausgeschlossene Abfälle

- (1) Zum Einsammeln und Befördern durch die Stadt zugelassen sind die in der Anlage I aufgeführten Abfälle. Die Anlage I ist Bestandteil der Satzung. Alle sonstigen Abfälle sind vom Einsammeln und Befördern durch die Stadt ausgeschlossen.
- (2) Vom Einsammeln und Befördern durch die Stadt sind gemäß § 20 Abs.2 KrWG mit Zustimmung der zuständigen Behörde ausgeschlossen:
 1. Abfälle, die aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 25 KrWG einer Rücknahmepflicht unterliegen, bei denen entsprechende Rücknahmevorrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen und bei denen die Stadt nicht durch Erfassung als ihr übertragene Aufgabe bei der Rücknahme mitwirkt (§ 20 Abs.2 Satz 1 KrWG i. V. m. § 6 Abs. 3 Verpackungsverordnung).

2. Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere aus Industrie- und Gewerbebetrieben, soweit diese nach Art, Menge oder Beschaffenheit nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen eingesammelt, befördert oder beseitigt werden können oder die Sicherheit der umweltverträglichen Beseitigung im Einklang mit dem Abfallwirtschaftsplan des Landes durch einen anderen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger oder Dritten gewährleistet ist (§ 20 Abs. 2 Satz 2 KrWG)
- (3) Die Stadt kann den Ausschluss von der Entsorgung mit Zustimmung der zuständigen Behörde widerrufen, wenn die Voraussetzungen für den Ausschluss nicht mehr vorliegen (§ 20 Abs.2 Satz 3 KrWG).
- (4) Vom Einsammeln und Befördern sind Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen ausgeschlossen, soweit Dritten, Verbänden oder Einrichtungen Pflichten zur Entsorgung von Abfällen übertragen worden sind (§ 20 Abs. 2 Satz 2 KrWG).

§ 4

Sammeln von schadstoffhaltigen Abfällen

- (1) Abfälle aus privaten Haushaltungen, die wegen ihrer besonderen Schadstoffbelastung zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit einer getrennten Entsorgung bedürfen (gefährliche Abfälle i.S.d § 3 Abs. 5 KrWG i.V.m. § 48 KrWG sowie der Abfall-Verzeichnis-Verordnung) werden von der Stadt bei den von ihr betriebenen stationären Sammelstellen und/oder mobilen Sammelfahrzeugen angenommen. Dies gilt auch für Kleinmengen vergleichbarer Abfälle aus Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben, soweit sie mit den in Satz 1 genannten Abfällen entsorgt werden können.
- (2) Gefährliche Abfälle im Sinne des § 3 Abs. 5 KrWG i.V.m. § 48 KrWG sowie der Abfall-Verzeichnis-Verordnung) dürfen nur zu den in der Stadt/Gemeinde bekannt gegebenen Terminen an den Sammelstellen und Sammelfahrzeugen angeliefert werden. Die Standorte der Sammelstellen und Sammelfahrzeugen werden von der Stadt bekannt gegeben.

§ 5

Anschluss- und Benutzungsrecht

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstücks ist im Rahmen der §§ 2 bis 4 dieser Satzung berechtigt, von der Stadt/Gemeinde den Anschluss seines Grundstückes an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung zu verlangen (Anschlussrecht).
- (2) Der Anschlussberechtigte und jeder andere Abfallbesitzer im Gebiet der Stadt haben im Rahmen der §§ 2 bis 4 dieser Satzung das Recht, die auf ihren Grundstücken oder sonst bei ihnen anfallenden Abfälle der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen (Benutzungsrecht).

§ 6

Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstückes ist verpflichtet, sein Grundstück an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung anzuschließen, wenn das Grundstück von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt wird (Anschlusszwang). Der Eigentümer eines Grundstückes als Anschlusspflichtiger und jeder andere Abfallbesitzer (z.B. Mieter, Pächter) auf einem an die kommunale Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstück ist verpflichtet, im Rahmen der §§ 2 bis 4 die auf seinem Grundstück oder sonst bei ihm anfallenden Abfälle zur Beseitigung und Abfälle zur Verwertung aus privaten Haushaltungen der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen (Benutzungszwang). Abfälle aus privaten Haushaltungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 1 KrWG i.V.m. § 2 Nr. 2 GewAbfV Abfälle, die in privaten Haushalten im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallstellen wie Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens.
- (2) Eigentümer von Grundstücken und Abfallerzeuger/Abfallbesitzer auf Grundstücken, die nicht zu Wohnzwecken, sondern anderweitig z.B. gewerblich/ industriell genutzt werden, haben gleichermaßen die Verpflichtungen nach Abs. 1, soweit auf diesen Grundstücken Abfälle zur Beseitigung im Sinne des § 3 Abs.1 Satz 2 2. Halbsatz KrWG anfallen. Sie haben nach § 7 Satz 4 der Gewerbeabfall-Verordnung für gewerbliche Siedlungsabfälle im Sinne des § 2 Nr. 1 GewAbfV eine Pflicht-Restmülltonne zu benutzen. Die Zuteilung des Gefäßvolumens für die Pflicht-Restmülltonne erfolgt auf der Grundlage der Maßgaben in § 11 Abs. 3 dieser Satzung. Gewerbliche Siedlungsabfälle sind nach § 2 Nr. 1 GewAbfV, Siedlungsabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten

Haushaltungen, die in Kapitel 20 der Abfallverzeichnis-Verordnung aufgeführt sind, insbesondere gewerbliche und industrielle Abfälle, die Abfällen aus privaten Haushaltungen aufgrund ihrer Beschaffenheit und Zusammensetzung ähnlich sind sowie Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen.

- (3) Der Anschluss- und Benutzungszwang nach Abs. 1 und Abs. 2 besteht auch für Grundstücke, die anderweitig z.B. gewerblich/industriell und gleichzeitig von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt werden (sog. gemischt genutzte Grundstücke). Die Nutzung einer gemeinsamen Restmülltonne durch die privaten Haushaltungen und die Erzeuger und Besitzer von gewerblichen Siedlungsabfällen ist auf Antrag möglich.
- (4) Das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen wird im Einzelfall durch Ausnahmegenehmigung nach § 28 Abs. 2 KrWG durch die örtliche Ordnungsbehörde zugelassen. Das Abbrennen von sog. Brauchtumsfeuern ist in der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Werne vom 06.04.2006 geregelt.

§ 7

Ausnahmen vom Benutzungszwang

Ein Benutzungszwang nach § 6 besteht nicht,

- soweit Abfälle gemäß § 3 Abs.1 oder § 3 Abs.3 dieser Satzung von der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung ausgeschlossen sind;
- soweit Abfälle einer Rücknahme- oder Rückgabepflicht aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 25 KrWG unterliegen und die Stadt/Gemeinde an deren Rücknahme nicht mitwirkt (§ 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 KrWG);
- soweit Abfälle in Wahrnehmung der Produktverantwortung nach § 23 KrWG freiwillig zurückgenommen werden, wenn dem zurücknehmenden Hersteller oder Vertreiber durch die zuständige Behörde ein Freistellungs- oder Feststellungsbescheid nach § 26 Abs. 4 oder Abs. 6 KrWG erteilt worden ist (§ 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 KrWG)
- soweit Abfälle zur Verwertung, die nicht gefährlich im Sinne des § 3 Abs. 5 KrWG sind, durch eine nach § 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, Satz 2, § 18 KrWG zulässige, gemeinnützige Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden;
- soweit Abfälle, die nicht gefährlich im Sinne des § 3 Abs. 5 KrWG sind, durch eine nach § 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4, Abs. 3, § 18 KrWG zulässige gewerbliche Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden.

§ 8

Ausnahmen vom Anschluss- und Benutzungszwang an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung

- (1) Kein Anschluss- und Benutzungszwang an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung besteht bei Grundstücken, die von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt werden, soweit der/die Anschluss- und/oder Benutzungspflichtige schlüssig und nachvollziehbar nachweist, dass er/sie nicht nur willens, sondern auch fachlich und technisch in der Lage ist, alle auf dem Grundstück anfallenden kompostierbaren Stoffe ordnungsgemäß und schadlos i.S.d. § 7 Abs.3 KrWG auf diesem Grundstück selbst so zu behandeln, dass eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere durch Gerüche oder Siedlungsungeziefer (z. B. Ratten), nicht entsteht (Eigenverwertung). Die Stadt/Gemeinde stellt auf der Grundlage der Darlegungen der/des Anschluss- und/oder Benutzungspflichtigen fest, ob und inwieweit eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang gemäß § 17 Abs.1 Satz 1 2. Halbsatz KrWG besteht.
- (2) Eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang besteht bei Grundstücken, die nicht zu Wohnzwecken, sondern anderweitig z.B. industriell/gewerblich genutzt oder gewerblich genutzt werden, wenn der Abfallerzeuger/Abfallbesitzer nachweist, dass er/sie die bei ihm anfallenden Abfälle zur Beseitigung in eigenen Anlagen beseitigt (Eigenbeseitigung) und keine überwiegenden öffentlichen Interesse eine Überlassung der Abfälle zur Beseitigung erfordern. Die Stadt/Gemeinde stellt auf der Grundlage der Darlegungen der/des Anschluss- und/oder Benutzungspflichtigen fest, ob eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang gemäß § 17 Abs.1 Satz 2 2. Halbsatz KrWG besteht.

§ 9

Selbstbeförderung zu Abfallentsorgungsanlagen

Erzeuger/Besitzer von Abfällen, deren Einsammeln und Befördern durch die Stadt gemäß § 3 dieser Satzung ausgeschlossen ist, sind verpflichtet, ihre Abfälle zum Zwecke des Verwertens, Behandeln, Lagerns oder Ablagerns entsprechend der Satzung über die Abfallentsorgung im in der jeweils gültigen Fassung zu der vom Kreis angegebenen Sammelstelle, Behandlungsanlage oder Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen. Soweit der Kreis das Behandeln, Lagern oder Ablagern dieser Abfälle ebenfalls ausgeschlossen hat, sind die Abfälle zum Zwecke des Behandeln, Lagerns oder Ablagerns zu einer sonstigen dafür zugelassenen Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen.

§ 10

Abfallbehälter und Abfallsäcke

- (1) Die Gemeinde/Stadt bestimmt nach Maßgabe der folgenden Vorschriften Art, Anzahl und Zweck der Abfallbehälter, deren Standplatz auf dem Grundstück, ob und wie die Abfälle voneinander getrennt zu halten sind sowie die Häufigkeit und den Zeitpunkt der Abfuhr.
- (2) Für das Einsammeln von Abfällen sind folgende Abfallbehälter zugelassen:
 - 60-l-Gefäße
 - 80-l-Gefäße
 - 120-l-Gefäße
 - 240-l-Gefäße
 - 1,1 cbm-Container

Für vorübergehend mehr anfallenden Restmüll, der sich zum Einsammeln in Abfallsäcken eignet, können von der Stadt zugelassene, besonders gekennzeichnete und genormte Abfallsäcke benutzt werden. Sie werden auch eingesammelt, soweit sie neben den Abfallgefäßen für Restmüll bereitgestellt sind. Diese Abfallsäcke können in den von der Stadt benannten Geschäften erworben werden.

- (3) Für die Einsammlung von kompostierbaren Abfällen werden genormte graue Gefäße mit grünem Deckel mit einem Fassungsvermögen mit 60 l, 80 l, 120 l und 240 l zugelassen.
- (4) Für die Erfassung von Altpapier, Pappe, Kartonagen und Verpackungen aus den vorgenannten Materialien werden genormte graue Abfallbehälter mit blauem Deckel mit einem Fassungsvermögen von 240 l bereitgestellt. Darüber hinaus sind 1,1 cbm Behälter zulässig, soweit diese vom mit der Entsorgung beauftragten Unternehmen angeboten werden.
- (5) Für die Einsammlung von Verpackungen aus Kunststoffen, Metall oder Verbundstoffen werden von der DSD AG Abfallgefäße mit gelben Deckeln mit einem Fassungsvermögen von 120 l, 240 l und 1,1 cbm zur Verfügung gestellt.
- (6) Für die Erfassung von Verpackungen aus Weiß-, Braun- und Buntglas werden Depotcontainer im Stadtgebiet aufgestellt.

§ 11

Anzahl und Größe der Abfallbehälter

- (1) Die Verpflichtung nach § 6 ist nur dann erfüllt, wenn auf jedem zu Wohnzwecken genutzten Grundstück und für jeden Industrie-, Gewerbe- oder sonstigen Betrieb mindestens
- ein Abfallgefäß für Restmüll, das die gesamten auf dem Grundstück anfallenden Abfälle zur Beseitigung aufnehmen kann,
 - ein Gefäß für kompostierbare Abfälle,
 - ein Gefäß für Altpapier,
 - gelbe Abfallsäcke für Verpackungen aus Kunststoffen, Metall oder Verbunden bereitgestellt sind.
- § 8 der Satzung bleibt hiervon unberührt.
- (2) Jeder Grundstückseigentümer ist verpflichtet, bei Grundstücken mit privaten Haushaltungen ein Mindest-Restmüll-Gefäßvolumen vorzuhalten. Die Mindestzahl und Mindestgröße der Abfallgefäße (Restmüll) bemisst sich nach der Anzahl der Bewohner (Erst- und Nebenwohnsitz) des Grundstücks. Pro Bewohner wird ein Mindestgefäßvolumen (Restmüll) von 7,0 l pro Woche zugrunde gelegt.
- (3) Einzelbewohner eines Grundstücks dürfen auf Antrag mit einem Einzelbewohner des direkten Nachbargrundstücks abweichend von Abs. 1 gemeinsam mindestens ein Abfallgefäß für Rest- und Biomüll bereitstellen. Bewohner eines Grundstücks dürfen auf Antrag mit Bewohnern des/der unmittelbar angrenzenden Nachbargrundstücks/Nachbargrundstücke abweichend von Abs. 1 gemeinsam mindestens ein Abfallgefäß für Altpapier bereitstellen.
- (4) Für die Abfuhr von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen wird der Behälterbedarf für Abfälle zur Beseitigung unter Zugrundlegung von Einwohnergleichwerten ermittelt. Je Einwohnergleichwert wird ein Mindestgefäßvolumen von sieben Litern pro Woche zur Verfügung gestellt.

Amtsblatt der Stadt Werne

II/4

Jahrgang: 2012

Ausgabe: 19

Ausgabetag: 28.12.2012

(5) Einwohnergleichwerte werden nach folgenden Maßgaben festgesetzt:

Unternehmen/Institution	Je Platz/Beschäftigten/Bett	EGW
a) Krankenhäuser, Kliniken und ähnl. Einrichtungen	Je Platz	1
b) öffentl. Verwaltungen, Geldinstitute, Verbände, Krankenkassen, Versicherungen, selbstständig Tätige der freien Berufe, selbstständige Handels-, Industrie- und Versicherungsvertreter	Je 3 Beschäftigte	1
c) Schulen, Kindergärten	Je 10 Schüler/Kind	1
d) Speisewirtschaften, Imbissstuben	Je Beschäftigten	4
e) Gaststättenbetriebe, die nur als Schankwirtschaft konzessioniert sind, Eisdielen	Je Beschäftigten	2
f) Beherbergungsbetriebe	Je 4 Betten	1
g) Lebensmitteleinzel- und Großhandel	Je Beschäftigten	2
h) sonstige Einzel- und Großhandel	Je Beschäftigten	0,5
i) Industrie, Handwerk und übrige Gewerbe	Je Beschäftigten	0,5

- (6) Beschäftigte im Sinne des § 11 Abs. 3 sind alle in einem Betrieb Tätige (z. B. Arbeitnehmer, Unternehmer, mithelfende Familienangehörige, Auszubildende) einschließlich Zeitarbeitskräfte. Halbtagsbeschäftigte werden zu $\frac{1}{2}$ bei der Veranlagung berücksichtigt. Beschäftigte, die weniger als die Hälfte der branchenüblichen Arbeitszeit beschäftigt sind, werden bei der Veranlagung zu $\frac{1}{4}$ berücksichtigt.
- (7) Auf Grundstücken, auf denen Abfälle aus privaten Haushaltungen und Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen anfallen, die gemeinsam in einem Restmüllgefäß gesammelt werden können, wird das sich nach § 11 Abs. 3 berechnete Behältervolumen zu dem nach § 11 Abs. 2 zur Verfügung zu stellende Behältervolumen hinzugerechnet.
- (8) Wird festgestellt, dass die vorhandenen Abfallgefäße für die Aufnahme der regelmäßig anfallenden Abfälle nicht ausreichend sind und zusätzliche Abfallbehälter nicht beantragt werden, so werden auf Veranlassung der Stadt durch den von ihr beauftragten Abfuhrunternehmer Abfallbehälter in der erforderlichen Anzahl und Größe aufgestellt. Der Anschlusspflichtige hat das Aufstellen der Abfallgefäße durch die Stadt zu dulden. Er wird vor Durchführung einer solchen Maßnahme von der Stadt benachrichtigt.

- (9) Der Grundstückseigentümer kann auf Antrag einmal im Kalenderjahr eine Änderung der Abfallgefäße beantragen.
- (10) Im Einzelfall kann die Stadt auf Antrag eine abweichende Regelung treffen, wenn die satzungsrechtliche Verpflichtung zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führt und das Einsammeln des regelmäßig anfallenden Abfalls gesichert ist

§ 12

Standplatz und Transportweg für Abfallbehälter

- (1) Die Grundstückseigentümer haben die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Entleerung der Abfallbehälter bzw. die Abfuhr der Abfallsäcke ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust zu sichern. Die zu leerenden Abfallbehälter und abzufahrenden Abfallsäcke sind zu den Abfuhrzeiten (§ 14) nahe der Bürgersteigkante so aufzustellen, dass der Verkehr nicht gefährdet wird. Ist kein Bürgersteig vorhanden, sind die Abfallbehälter und Abfallsäcke unmittelbar an der zur Straßenseite gelegenen Grundstücksgrenze gut sichtbar aufzustellen. Außerhalb der Abfuhrzeiten ist das Auf-/Abstellen von Abfallgefäßen auf öffentlichen Flächen nur mit Genehmigung der Stadt erlaubt. Bei den von öffentlichen Straßen und Wegen abgelegenen Grundstücken (insbesondere in den Bauernschaften) müssen die Abfallbehälter und Abfallsäcke zu den Abfuhrzeiten an der Mündung der jeweiligen Grundstückszufahrt in den Wirtschaftswegen oder die Gemeinde-, Kreis-, Landes- oder Bundesstraße aufgestellt werden, und zwar ebenfalls so, dass keine Verkehrsbehinderung erfolgt. Die 1,1-cbm-Container werden im Regelfall auf bzw. im unmittelbaren Bereich des angeschlossenen Grundstückes entleert. Der Standplatz wird, sofern im Einzelfall Schwierigkeiten auftreten, von der Stadt bestimmt.
- (2) Bei Straßensperrungen im Gebiet der angeschlossenen Straßen sind die Abfallbehälter und Abfallsäcke so aufzustellen, dass die Behälter für den Abfuhrwagen gut erreichbar sind. Nach der Abfuhr sind sie am gleichen Tage wieder von der Straße zu entfernen.

§ 13

Benutzung der Abfallbehälter

- (1) Die gemäß § 10 zugelassenen Abfallbehälter werden von dem von der Stadt beauftragten Abfuhrunternehmer gestellt und unterhalten. Sie bleiben dessen Eigentum und sind schonend zu behandeln.

- (2) Der Grundstückseigentümer hat dafür zu sorgen, dass die Abfallbehälter allen Hausbewohnern zugänglich sind und ordnungsgemäß benutzt werden können.
- (3) Die Abfallbehälter dürfen nur soweit gefüllt werden, dass sich der Deckel schließen lässt. Abfälle dürfen nicht in Abfallbehälter eingestampft, in ihnen verdichtet oder verbrannt werden. Es ist nicht gestattet, brennende, glühende oder heiße Abfälle und nach dieser Satzung vom Einsammeln und Befördern durch die Stadt ausgeschlossene Abfälle in Abfallbehälter bzw. Abfallsäcke zu füllen.
- (4) Sperrige Gegenstände, Schnee und Eis sowie Abfälle, welche die Abfallbehälter oder das Sammelfahrzeug beschädigen oder ungewöhnlich verschmutzen können, dürfen nicht in die Abfallbehälter und Abfallsäcke gefüllt werden.
- (5) Die Abfälle müssen in die von der Stadt gestellten Abfallbehälter oder die dafür zur Verfügung gestellten Depotcontainer entsprechend deren Zweckbestimmung eingefüllt werden. Abfälle dürfen nicht in einer anderen Weise zum Einsammeln bereitgestellt oder neben die Abfallbehälter oder Depotcontainer gelegt werden.
- (6) Die Anschlusspflichtigen/-erzeuger haben die Abfälle getrennt nach Bioabfällen, Glas, Altpapier, Metall, Kunststoff, Verbundstoffe, schadstoffhaltigen Abfällen, Sperrmüll sowie Restmüll zu halten und wie folgt zur Einsammlung im Rahmen der Abfallentsorgung bereitzustellen:
 - a) Altpapier, Pappe, Kartonagen aus den vorgenannten Materialien in die von der Stadt zur Verfügung gestellten Abfallbehälter mit blauem Deckel einzufüllen und zur regelmäßigen Abfuhr bereitzustellen.
 - b) (Verpackungs-) Glas ist sortiert nach Weiß-, Braun- und Grünglas in die bereitgestellten Depotcontainer einzufüllen.
 - c) Verkaufsverpackungen aus Metall, Kunststoff oder Verbundstoffen sind in die mit gelben Deckeln versehenen Wertstofftonnen, die dem Abfallbesitzer zur Verfügung gestellt werden, einzufüllen und zur Abholung bereitzustellen.
 - d) schadstoffhaltige Abfälle (§ 4) sind dem Schadstoffmobil/der Schadstoffstation zuzuführen.
 - e) sperrige Abfälle (§ 15) sind bereitzustellen und gesondert abfahren zu lassen.

- f) Bioabfälle sind in die grauen Abfallbehälter mit grünem Deckel einzufüllen, der auf dem Grundstück des Abfallbesitzers zur Verfügung steht und in diesem grünen Abfallbehälter zur Abholung bereitzustellen. Dies gilt nicht für ungekochte und gekochte Speisereste tierischer Herkunft und gekochte Speisereste pflanzlicher Herkunft. Diese sind in die grauen Abfallbehälter einzufüllen. Sofern für die auf dem Grundstück anfallenden Bioabfälle keine Gefäße bereitgestellt sind, sind diese bis auf die o. g. Ausnahmen auf dem Grundstück zu verwerten.
- g) den verbleibenden Restmüll, das heißt, den Abfall, der nicht nach den Buchstaben a bis f einzuordnen ist, in die von der Stadt bereitgestellten Gefäße für Restmüll einzufüllen. Soweit die Kapazität des grauen Abfallbehälters oder Großraumbehälters in Ausnahmefällen nicht ausreicht, ist der Restmüll in die genormten schwarzen Restmüllsäcke einzufüllen und zusammen mit dem grauen Abfallbehälter zur Abholung bereitzustellen.
- h) Aus Gründen der Hygiene und des Seuchenschutzes ist es verboten, die in ein Restmüllgefäß bereits eingeworfenen Abfälle nachträglich nach verwertbaren Abfällen durchzusortieren oder zu durchsuchen.
- (7) Die Haftung für Schäden, die vor allem durch unsachgemäße Behandlung der Abfallbehälter oder durch Einbringen nicht zugelassener Gegenstände an den Sammelfahrzeugen entstehen, richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften. Sind Abfallbehälter zerstört oder abhanden gekommen, so ist die Stadt unverzüglich zu informieren. Für abhanden gekommene Abfallbehälter haftet der Anschlusspflichtige bei nachgewiesenem Verschulden.
- (8) Zur Vermeidung von Lärmbelästigung dürfen Depotcontainer für Glas nur werktags in der Zeit von 06:00 Uhr bis 22:00 Uhr benutzt werden.

§ 14

Häufigkeit und Zeit der Leerung

- (1) Die Abfallbehälter für Restmüll und kompostierbare Abfälle (60 l, 80 l, 120 l und 240 l) werden 14-täglich geleert. Gleichzeitig werden die bereitgestellten Abfallsäcke für Restmüll abgefahren. Die Entleerung der 1,1-cbm-Container erfolgt entweder 14-täglich oder wöchentlich. Die Abfuhr der Altpapiergefäße erfolgt im vierwöchentlichen Rhythmus. Die Abfuhr der gelben Wertstoffsäcke erfolgt im 14-täglichen Rhythmus. Die Abfuhrtermine werden von der Stadt bekannt gegeben. Die Abfallbehälter werden an einem Werktag zwischen 06:00 Uhr und 18:00 Uhr geleert. Die Tage der Abfuhr sowie

notwendig werdende Änderungen der regelmäßigen Abfuhrtage (z. B. wenn der regelmäßige Abfuhrtag aufgegeben.

- (2) Kann der Abfall durch einen Umstand, den der Anschlusspflichtige zu vertreten hat, zu festgesetzten Zeiten nicht abgefahren werden, so kommt eine Abfuhr vor dem nächsten regelmäßigen Abfuhrtag nicht in Betracht.

§ 15

Sperrmüll und Entsorgung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten

- (1) Der Anschlussberechtigte und jeder andere Abfallbesitzer im Gebiet der Stadt hat im Rahmen der §§ 2 bis 4 das Recht, sperrige Abfälle, die in privaten Haushaltungen anfallen und wegen ihres Umfangs und ihres Gewichts nicht in den nach dieser Satzung zugelassenen Abfallbehältern eingefüllt werden können, insbesondere Haushaltsgegenstände und Möbel (Sperrmüll), von der Stadt außerhalb der regelmäßigen Abfallentsorgung gesondert abfahren zu lassen.
- (2) Sperrmüll sind z. B. nicht Bauteile wie Fensterrahmen, Türen, Holzverkleidung, Heizkörper, Bauschutt, Badewannen u. Ä., Zäune, ferner nicht Mopeds und Motorräder u. Ä., Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile, -reifen, Strauchschnitt. Ausgenommen sind ferner Abfälle, die nicht von Hand zu verladen sind.
- (3) Der Sperrmüll ist spätestens am Abfuhrtag bis 06:00 Uhr zu ebener Erde auf dem Grundstück leicht erreichbar bereitzustellen. Falls dies nicht möglich ist, sind die Abfälle im öffentlichen Straßenraum in verkehrssicherer, nicht behindernder Weise - frühestens ab 20:00 Uhr des Vortages der Abfuhr - bereitzustellen. Der Besteller ist für den Zustand des Sperrmülls (Menge, Inhalt, keine Verkehrsgefährdung, Abtransport ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust) bis zum Einsammeln verantwortlich.
- (4) Elektro-Großgeräte (sog. „Haushaltsgroß- oder Weißgeräte“) sind getrennt von sonstigem Sperrmüll gesondert zur Abholung vor dem Grundstück bereitzustellen.
- (5) Alle nicht unter Absatz 4 fallenden Elektro- und Elektronik-Altgeräte sind zur Sammelstelle am Wertstoffhof der Stadt Werne, Südring 9, zu bringen.
- (6) Die Sperrgutabfuhr findet auf Abruf statt. Der Anschlussberechtigte hat die Abfuhr durch Anforderungskarte bei dem von der Stadt Werne mit der Entsorgung beauftragten Unternehmen zu beantragen. Die benötigte Anforderungskarte wird gegen Entrichtung einer Verwaltungsgebühr durch den Anschlussberechtigten erworben.

§ 16

Garten- und Parkabfälle

- (1) Im Frühjahr und Herbst wird jeweils eine Strauch- und Astwerkaktion durchgeführt. Die Termine werden von der Stadt bekannt gegeben. Die Menge der abzufahrenden Gartenabfälle ist auf max. 3 cbm beschränkt.
- (2) Für lose Gartenabfälle sind u. a. bei der Stadt zu erwerbende Papiersäcke zu benutzen.

§ 17

Anmeldepflicht

- (1) Der Grundstückseigentümer hat der Stadt den erstmaligen Anfall von Abfällen, die voraussichtliche Menge, die Anzahl der auf dem Grundstück wohnenden Personen sowie jede wesentliche Veränderung der anfallenden Abfälle, ihrer Menge oder der auf dem Grundstück wohnenden Personenzahl unverzüglich anzuzeigen.
- (2) Wechselt der Grundstückseigentümer, so sind sowohl der bisherige als auch der neue Eigentümer

§ 18

Auskunftspflicht, Betretungsrecht

- (1) Der Grundstückseigentümer, der Nutzungsberechtigte oder der Abfallbesitzer/ Abfallerzeuger sind verpflichtet, über § 17 hinaus alle für die Abfallentsorgung erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Hierzu gehört insbesondere die Mitteilung über die Anzahl der Beschäftigten, ihre Arbeitszeiten, die Anzahl der Betten in Kliniken und Beherbergungsunternehmen.
- (2) Den Beauftragten der Stadt ist zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehindert Zutritt zu Grundstücken zu gewähren, für die nach dieser Satzung Anschluss- und Benutzungszwang besteht.
- (3) Die Anordnungen der Beauftragten sind zu befolgen. Die Beauftragten haben sich durch einen von der Stadt ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.

- (4) Wird einer Anordnung nicht innerhalb einer angemessenen Frist entsprochen, so ist die Stadt berechtigt, die notwendigen Zwangsmittel nach dem § 55 ff. des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.05.1980 (GV NW S. 510/SGV NW 2010) in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden, insbesondere die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Anschlussberechtigten durchzuführen oder von anderen durchführen zu lassen.

§ 19

Unterbrechung der Abfallentsorgung

- (1) Unterbleibt die der Stadt obliegende Abfallentsorgung bei vorübergehenden Einschränkungen, Unterbrechungen oder Verspätungen infolge von Betriebsstörungen, Streiks, betriebsnotwendigen Arbeiten oder behördlichen Verfügungen, werden die erforderlichen Maßnahmen so bald wie möglich nachgeholt.
- (2) In Fällen des Absatzes 1 besteht kein Anspruch auf Ermäßigung der Gebühren oder auf Schadensersatz.

§ 20

Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung Anfall der Abfälle

- (1) Die gebührenpflichtige Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung beginnt, wenn dem anschluss- und benutzungspflichtigen Grundstückseigentümer ein oder mehrere Abfallgefäße zur Verfügung gestellt worden sind oder ein oder mehrere Abfallgefäße anderweitig vorhanden sind und diese zur Abfallüberlassung bereitgestellt werden und das an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung angeschlossene Grundstück mit Abfallfahrzeugen zur Entleerung dieser Abfallbehältnisse angefahren wird.
- (2) Abfälle gelten zum Einsammeln und Befördern als angefallen, wenn die Voraussetzungen des Abfallbegriffs gemäß § 3 Abs. 1 KrWG erstmals erfüllt sind.
- (3) Die Stadt/Gemeinde ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen suchen zu lassen. Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt.

- (4) Unbefugten ist nicht gestattet, angefallene und zur Abholung bereitgestellte Abfälle zu durchsuchen oder wegzunehmen.

§ 21

Abfallentsorgungsgebühren

Für die Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung der Stadt Werne und die sonstige Erfüllung abfallwirtschaftlicher Aufgaben durch die Stadt Werne werden Abfallentsorgungsgebühren nach der zu dieser Satzung erlassenen Gebührensatzung für die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung der Stadt Werne erhoben.

§ 22

Andere Berechtigte und Verpflichtete

Die sich aus dieser Satzung für die Grundstückseigentümer ergebenden Rechte und Pflichten gelten entsprechend für Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes, Nießbraucher sowie alle sonstigen zum Besitz eines Grundstückes dinglich Berechtigten. Die Grundstückseigentümer werden von ihren Verpflichtungen nicht dadurch befreit, dass neben ihnen andere Anschluss- und Benutzungspflichtige vorhanden sind.

§ 23

Begriff des Grundstücks

Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch und ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 24 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Unbeschadet der im Bundes- oder Landesrecht getroffenen Regelungen handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig dieser Satzung zuwiderhandelt, indem er
- nach § 3 dieser Satzung ausgeschlossene Abfälle der Stadt zum Einsammeln oder Befördern überlässt;
 - von der Stadt bestimmte Abfallbehälter und Abfallsäcke zum Einfüllen von Abfällen nicht benutzt und damit dem Anschluss- und Benutzungszwang in § 6 zuwiderhandelt;
 - für bestimmte Abfälle vorgesehene Behälter oder Abfallsäcke entgegen § 13 Abs. 4 dieser Satzung mit anderen Abfällen füllt;
 - Abfallbehälter entgegen den Befüllungsvorgaben in § 13 Abs. 2, Abs. 4, Abs. 5 und Abs. 6 dieser Satzung befüllt;
 - die Abfälle nach §§ 12 und 13 nicht ordnungsgemäß bereitstellt;
 - den erstmaligen Anfall von Abfällen oder wesentliche Veränderungen des Abfalls gemäß § 17 dieser Satzung nicht unverzüglich anmeldet;
 - anfallende Abfälle entgegen § 20 Abs. 2 i. V. m. § 20 Abs. 4 dieser Satzung unbefugt durchsucht oder wegnimmt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 € geahndet werden, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen hierfür eine höhere Geldbuße vorsehen.

§ 25 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Die Satzung tritt am 01.01.2013 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt/Gemeinde Werne vom 28.12.2007 außer Kraft.

Der Wortlaut des Beschlusses des Rates der Stadt Werne vom 12.12.2012 stimmt mit dieser Bekanntmachung überein. Das nach § 2 Abs. 1 und 2 der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW S. 516, SGV NRW 2023) vorgeschriebene Verfahren ist eingehalten worden.

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Werne vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

W e r n e, 28.12.2012

Lothar Christ
Bürgermeister

Anlage I

zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Werne vom 28.12.2012

Europäischer Abfallkatalog (EAK)

Abfälle, die für die Einsammlung und Beförderung gemäß § 3 Abs. 1 der Satzung zugelassen sind:

EAK

20	Siedlungsabfälle und ähnliche gewerbliche Abfälle
2001	getrennt gesammelte Fraktionen
200108	organisch, kompostierbare Küchenabfälle, getrennt eingesammelte Fraktionen -Bioabfälle-
2002	Garten- und Parkabfälle (einschl. Friedhofsabfälle)
200201	kompostierbare Abfälle
2003	Andere Siedlungsabfälle
200301	Gemischte Siedlungsabfälle - Hausmüll - Sperrmüll - Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle
200302	Marktabfälle
200303	Straßenreinigungsabfälle

Gebührensatzung vom 28.12.2012

zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen
der Stadt Werne vom 29.12.2006

Aufgrund der §§ 7, 8 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.09.2012 (GV, S. 271), §§ 51 und 53 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG -) vom 25.06.1995 (GV NRW S. 926/SGV NRW 77), - in der derzeit gültigen Fassung- und der §§ 1, 2, 4, 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. 10.1969 (GV NRW S. 712/SGV NRW 610), - in der aktuellen Fassung-, hat der Rat der Stadt Werne in seiner Sitzung am 12.12.2012 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Gebührensätze

Die nach § 10 der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen der Stadt Werne zu entrichtenden Gebühren (Klärschlammgebühren) betragen je abgefahrenen angefangenen halben Kubikmeter Klärschlamm 29,93 €.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2013 in Kraft. Mit Wirkung vom gleichen Tage tritt die vorherige Gebührensatzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen der Stadt Werne außer Kraft.

- - -

Der Wortlaut des Beschlusses des Rates der Stadt Werne vom 12.12.2012 stimmt mit dieser Bekanntmachung überein. Das nach § 2 Abs. 1 und 2 der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW S. 516/SGV NRW 2023) vorgeschriebene Verfahren ist eingehalten worden.

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Amtsblatt der Stadt Werne

II/11

Jahrgang: 2012

Ausgabe: 19

Ausgabetag: 28.12.2012

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Werne vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

W e r n e , 28.12.2012

Lothar Christ
Bürgermeister

Abfallgebührensatzung

der Stadt Werne vom 28.12.2012

Aufgrund der §§ 7, 8 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.09.2012 (GV. NRW. S. 436), und der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2011 (GV. NRW. S. 687) in Verbindung mit § 5 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesabfallgesetz - LAbfG -) vom 21.06.1988 (GV. NRW. S. 250), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.05.2008 (GV. NRW. S. 460) in Verbindung mit der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Werne vom 28.12.2007, hat der Rat der Stadt Werne in seiner Sitzung am 12.12.2012 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Gebührensatz

(1) Für die Benutzung der Abfallbeseitigung der Stadt Werne werden nach § 21 der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Werne für 2013 folgende Gebühren erhoben:

1. Restmüll

a) für den 60-l-Abfallbehälter

bei 14-täglicher Abfuhr 136,78 €

b) für den 80-l-Abfallbehälter

bei 14-täglicher Abfuhr 165,44 €

c) für den 120-l-Abfallbehälter

bei 14-täglicher Abfuhr 224,96 €

d) für den 240-l-Abfallbehälter

bei 14-täglicher Abfuhr 399,51 €

e) für den 1,1-cbm-Container

Amtsblatt der Stadt Werne

II/12

Jahrgang: 2012

Ausgabe: 19

Ausgabetag: 28.12.2012

bei 14-täglicher Abfuhr 1.669,78 €

bei wöchentlich einmaliger Abfuhr 3.168,63 €

2. Kompostierbare Abfälle

a) für den 60-l-Abfallbehälter bei 14-täglicher Abfuhr 74,49 €

b) für den 80-l-Abfallbehälter bei 14-täglicher Abfuhr 84,45 €

c) für den 120-l-Abfallbehälter bei 14-täglicher Abfuhr 105,38 €

d) für den 240-l-Abfallbehälter bei 14-täglicher Abfuhr 167,40 €

- (2) Die Gesamtkosten für die Abfuhr und Entsorgung der Abfallsäcke (§ 10 der Satzung über die Abfallbeseitigung in der Stadt Werne) sind durch den Kaufpreis abgegolten. Die Abfallsäcke können in den von der Stadt benannten Geschäften und bei dem von der Stadt mit der Abfallbeseitigung beauftragten Unternehmen erworben werden.

§ 2

Gebührenpflichtige

Gebührenpflichtige sind die Eigentümer der an die städtische Abfallbeseitigung angeschlossenen Grundstücke oder die sonstigen in § 21 der Satzung über die Abfallbeseitigung in der Stadt Werne angeführten dinglichen Berechtigten. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 3

Beginn und Ende der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht beginnt mit dem 1. des auf den Anschluss folgenden Monats. Sie endet mit Ablauf des Monats, in dem der Anschluss entfällt.
- (2) Bei einem Eigentumswechsel geht die Gebührenpflicht mit Beginn des auf den Wechsel folgenden Monats auf den neuen Eigentümer über. Diese Regelung gilt entsprechend für die sonstigen in § 22 der Satzung über die Abfallbeseitigung in der Stadt Werne angeführten dinglichen Berechtigten.

§ 4

Erhebung und Fälligkeit

- (1) Die Heranziehung der Gebühr erfolgt zusammen mit den Grundbesitzabgaben. Sie wird am 15.02., 15.05., 15.08., 15.11. mit einem Viertel des im Abgabe-/Veranlagungsbescheid als Jahressumme ausgewiesenen Betrages fällig.
- (2) Soweit die Heranziehung mit den Grundbesitzabgaben nicht möglich ist (z. B. bei Neuveranlagungen und Nachveranlagungen), wird die Gebühr innerhalb eines Monats nach Zugang des Gebührenbescheides fällig.
- (3) Ändert sich im Laufe des Rechnungsjahres Zahl oder Größe der Abfallbehälter oder die Häufigkeit der Abfuhr, so vermindert oder erhöht sich die Gebührenpflicht entsprechend der Veränderung mit dem Ablauf des Monats, in dem die Veränderung eingetreten ist.

§ 5

Stundung und Erlass

Die Gebühr kann ganz oder teilweise erlassen, niedergeschlagen oder gestundet werden, wenn ihre Erhebung im Einzelfall eine unbillige Härte darstellen würde.

§ 6

Auskunftspflicht

Der Gebührenpflichtige ist verpflichtet, der Stadt die für die richtige Veranlagung erforderlichen Angaben zu machen und einem zu diesem Zweck mit örtlichen Feststellungen betrauten städtischen Beauftragten jede zweckdienliche Auskunft zu geben.

§ 7

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 01.01.2013 in Kraft.

Mit Wirkung vom gleichen Tage tritt die bisherige Abfallgebührensatzung der Stadt Werne außer Kraft.

Amtsblatt der Stadt Werne

II/12

Jahrgang: 2012

Ausgabe: 19

Ausgabetag: 28.12.2012

Der Wortlaut des Beschlusses des Rates der Stadt Werne vom 12.12.2012 stimmt mit dieser Gebührensatzung überein. Das nach § 2 Abs. 1 und 2 der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NW S. 516, SGV NW 2023) vorgeschriebene Verfahren ist eingehalten worden.

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Werne vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

W e r n e, 28.12.2012

Lothar Christ
Bürgermeister

Gebührensatzung

für die Friedhöfe der Stadt Werne, Ortsteil Stockum, vom 28.12.2012

Aufgrund von § 4 des Bestattungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (BestG NRW) vom 17.06.2003 (GV. NRW. S. 313) und § 7 Absatz 1 i.V.m. § 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.09.2012 (GV. NRW. S. 436), sowie in Verbindung mit der Friedhofssatzung für den stadteigenen Friedhof der Stadt Werne im Ortsteil Stockum vom 03.05.1996 hat der Rat der Stadt Werne am 12.12.2012 folgende Satzung beschlossen:

I. Allgemeines

§ 1

Gebührenpflicht

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Bestattungseinrichtungen sowie für andere Leistungen der Stadt und der Verwaltung auf dem Gebiete des Bestattungswesens werden Gebühren nach Maßgabe dieser Satzung erhoben.

§ 2

Rechtsnatur, Fälligkeit

Die Gebühren sind öffentliche Abgaben und unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren. Sie sind einen Monat nach Zugang des Gebührenbescheides fällig.

§ 3

Gebührensschuldner

Zur Zahlung der Gebühren ist der Antragsteller oder die Person verpflichtet, in dessen Auftrag der Friedhof oder die Bestattungseinrichtungen benutzt werden oder auf dessen Veranlassung die Stadt oder ihre Verwaltung tätig wird. Wird der Antrag von mehreren Personen oder im Auftrag mehrerer Personen gestellt, so haftet jeder Einzelne als Gesamtschuldner.

II. Gebührentarif

§ 4 Bereitstellungsgebühr

- (1) Für das Bereitstellen einer Reihengrabstätte beträgt die Bereitstellungsgebühr:
- | | |
|---|-----------|
| a) Verstorbene über 6 Jahre | 558,20 €, |
| b) Verstorbene bis zu 6 Jahren ("Kindergrab") | 167,46 €. |
- (2) Für die Bereitstellung einer Wahlgrabstätte wird folgende Gebühr erhoben:
- | | |
|--------------------------------|-------------|
| a) zweistellige Wahlgrabstätte | 1.116,39 €, |
| b) dreistellige Wahlgrabstätte | 1.674,59 €, |
| c) vierstellige Wahlgrabstätte | 2.232,78 €. |
- (3) Für das Bereitstellen einer Urnengrabstätte beträgt die Bereitstellungsgebühr
- | | |
|--|-----------|
| | 167,46 €. |
|--|-----------|
- (4) Für die Bereitstellung einer Urnenwahlgrabstätte wird folgende Gebühr erhoben:
- | | |
|-------------------------------------|-----------|
| a) zweistellige Urnenwahlgrabstätte | 334,92 €, |
| b) dreistellige Urnenwahlgrabstätte | 502,38 €, |
| c) vierstellige Urnenwahlgrabstätte | 669,84 €. |
- (5) Die Gebühr für die Verlängerung des Nutzungsrechtes im Sinne von § 16 Abs. 6 u. 7 der Friedhofssatzung beträgt
- | | |
|--|----------|
| bei Wahlgrabstätten pro Jahr der Verlängerung | 18,61 €, |
| bei Urnenwahlgräbern und Kindergräbern pro Jahr der Verlängerung | 5,58 €. |

§ 5

Bestattungsgebühr

Die Bestattungsgebühr beträgt

a) für eine Reihengrabstätte bzw. eine Wahlgrabstätte	407,43 €,
b) für eine Kindergrabstätte	196,87 €,
c) für eine Urnengrabstätte bzw. eine Urnenwahlgrabstätte	115,87 €.

§ 6

Herrichtungsgebühr

Für das endgültige Herrichten eines Grabes durch die Stadt wird eine Herrichtungsgebühr erhoben. Sie beträgt

a) für eine Reihengrabstätte (Verstorbene bis zu 6 Jahren "Kindergrab")	100,28 €,
b) für eine Reihengrabstätte (Verstorbene über 6 Jahre)	176,17 €,
c) für eine Wahlgrabstätte (zweistellig)	243,93 €,
d) für eine Wahlgrabstätte (dreistellig)	311,69 €,
e) für eine Wahlgrabstätte (vierstellig)	379,45 €,
f) für eine Urnengrabstätte	94,86 €,
g) für eine Urnenwahlgrabstätte (zweistellig)	135,52 €,
h) für eine Urnenwahlgrabstätte (dreistellig)	176,17 €,
i) für eine Urnenwahlgrabstätte (vierstellig)	216,95 €.

§ 7

Aus-, Ein- und Umbettungsgebühr

(1) Für das Ausgraben einer Leiche oder einer Urne zum Zwecke der Überführung wird eine Ausgrabungsgebühr erhoben. Sie beträgt

a) bei Leichen	262,54 €,
b) bei Urnen	32,81 €.

Amtsblatt der Stadt Werne

III/9 Jahrgang: 2012 Ausgabe: 19 Ausgabetag: 28.12.2012

(2) Für das Einbetten einer Leiche oder einer Urne wird eine Einbettungsgebühr erhoben. Sie beträgt

- | | |
|----------------|-----------|
| a) bei Leichen | 196,90 €, |
| b) bei Urnen | 32,81 €. |

(3) Für das Umbetten einer Leiche oder einer Urne (Ausgraben und Beisetzen auf dem gleichen Friedhof) wird eine Umbettungsgebühr erhoben. Sie beträgt

- | | |
|----------------|-----------|
| a) bei Leichen | 459,44 €, |
| b) bei Urnen | 49,24 €. |

§ 8 Verwaltungsgebühren

Für die Verwaltungsleistungen werden Verwaltungsgebühren erhoben. Sie betragen

- | | |
|--|----------|
| a) für die Genehmigung von Grabmalen und Gedenkzeichen | 12,78 €, |
| b) für das Umschreiben von Nutzungsrechten | 5,11 €, |
| c) für Zweitausfertigungen eines Besitzeignisses und für jede weitere Ausfertigung | 5,11 €, |
| d) für die Erteilung einer Ausgrabungs- oder Umbettungsgenehmigung | 25,56 €. |

III. In-Kraft-Treten

§ 9 In-Kraft-Treten

Diese Gebührensatzung tritt am 01.01.2013 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Werne, Ortsteil Stockum, außer Kraft.

- - -

Der Wortlaut des Beschlusses des Rates der Stadt Werne vom 12.12.2012 stimmt mit dieser Gebührensatzung überein. Das nach § 2 Abs. 1 und 2 der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NW S. 516, SGV NW 2023) vorgeschriebene Verfahren ist eingehalten worden.

Die vorstehende Gebührensatzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Werne vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

W e r n e, 28.12.2012

Lothar Christ
Bürgermeister

Gebührensatzung

der Stadt Werne für die Friedhofshalle auf dem Friedhof der katholischen Kirchengemeinde Werne und für die Friedhofshalle auf dem städtischen Friedhof im Ortsteil Stockum vom 28.12.2012

Aufgrund von § 4 des Bestattungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (BestG NRW) vom 17.06.2003 (GV. NRW. S. 313) und § 7 Absatz 1 i.V.m. § 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.09.2012 (GV. NRW. S. 436), hat der Rat der Stadt Werne in seiner Sitzung am 12.12.2012 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Benutzungsgebühren

Für die Benutzung der städtischen Friedhofshallen einschließlich der Leichenzellen werden nach Maßgabe dieser Satzung Gebühren in Höhe von 251,42 € erhoben.

Auf die Benutzung einer Leichenkammer entfallen davon 88,00 €, für die separate Nutzung der Trauerhalle werden Gebühren in Höhe von 163,42 € erhoben.

§ 2

Gebührensschuldner

Gebührensschuldner ist der Bestattungspflichtige. Daneben sind die Erben des Verstorbenen zahlungspflichtig. Mehrere Zahlungspflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 3

Fälligkeit der Gebühr

Die Gebühr ist einen Monat nach Zugang des Gebührenbescheides fällig.

§ 4
In-Kraft-Treten

Diese Gebührensatzung tritt am 01.01.2013 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die bisherige Gebührensatzung der Stadt Werne für die Friedhofshalle auf dem Friedhof der katholischen Kirchengemeinde Werne und auf dem städtischen Friedhof im Ortsteil Stockum außer Kraft.

- - -

Der Wortlaut des Beschlusses des Rates der Stadt Werne vom 12.12.2012 stimmt mit dieser Gebührensatzung überein. Das nach § 2 Abs. 1 und 2 der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NW S. 516, SGV NW 2023) vorgeschriebene Verfahren ist eingehalten worden.

Die vorstehende Gebührensatzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Werne vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

W e r n e, 28.12.2012

Lothar Christ
Bürgermeister

Herausgeber:
Der Bürgermeister
der Stadt Werne

**Bezugsbedingungen
und -möglichkeiten:**

Bestellungen sind
zu richten an:

Stadtverwaltung Werne
Verwaltungsservice
Stadthaus
Konrad-Adenauer-Platz 1
59368 Werne

Postfachadresse:
Postfach 1552/1562
59358 Werne

Telefon 0 23 89 / 71 1
Telefax 0 23 89 / 71 323

E-Mail
<mailto:verwaltung@werne.de>

Das Amtsblatt der Stadt Werne kann im
Abonnement bezogen werden.

Die Zusendung innerhalb eines Monats
nach Erscheinen erfolgt gegen
Entrichtung eines Jahresabonnements in
Höhe von 20,00 €.

Wird es innerhalb eines Monats nach
Erscheinen in der Stadtverwaltung
(Stadthaus oder Bezirksverwaltungsstelle
Stockum) abgeholt, ist die Ausgabe
kostenlos.

Nach Ablauf eines Monats ist ein Betrag von
1,25 € zu zahlen.

Ortsrecht und Amtsblatt finden Sie auch im
Internet auf der städtischen Homepage:
www.werne.de